

Boden weggenommen werden soll, oder als ob jedem Handwerksmeister sein Handwerkszeug weggenommen werden soll. Es soll also klargestellt werden, daß es sich nur um die Sozialisierung der großen Produktionsmittel, der aus der Akkumulation des Kapitals entstandenen Produktionsmittel handelt. Ich glaube, wir können diesen Änderungen auch deswegen unbesorgt zustimmen, weil die „Grundsätze und Ziele“ nicht etwas Dauerndes sein sollen, sondern nur der Vorbereitung eines Parteiprogramms dienen. Sie werden sich noch zu entschließen haben über die Einsetzung einer Programmkommission, die den Auftrag erhalten soll, möglichst bald für die Einheitspartei ein Programm zu entwerfen. Dafür sollen die „Grundsätze und Ziele“ das Material abgeben. Es ist also nicht notwendig, sich auf Einzelheiten dieser „Grundsätze und Ziele“ im Augenblick einzulassen. Darüber zu diskutieren, wird im Laufe des nächsten Jahres und wird auf dem nächsten Parteitag Gelegenheit sein.

Ich komme dann zu dem schwierigsten Teil meines Berichts: die Statuten und die Änderungen zu diesen Statuten. Auch hier kann ich zunächst verweisen auf die Drucksache, die Ihnen vorliegt. Es handelt sich um zwei Abschnitte. Da sind einmal die Abänderungsanträge, die von den einzelnen Bezirken auf Grund der Beschlüsse der Bezirksparteitage gestellt worden sind. Diese Änderungen finden Sie von der Seite 5 ab. Dann liegt außerdem ein ganzer Block von Änderungsvorschlägen vor, auf der Seite 16 beginnend. Diese Änderungsvorschläge sind das Produkt eingehender Verhandlungen im zentralen Organisationsausschuß. Sie beruhen also auf Vereinbarungen zwischen dem Zentralausschuß der SPD und dem Zentralkomitee der KPD. Angesichts des Umstandes, daß ja beide Parteitage nun noch zusammentreten müssen, um über diese Satzungen zu entscheiden, empfiehlt die Statutenberatungskommission, diese Änderungen unverändert anzunehmen mit Ausnahme von zwei Änderungen, die ich Ihnen noch vorschlagen möchte.

Ich will nun auf einige der wesentlichsten Änderungsvorschläge eingehen, sie begründen, um damit zu erklären, warum diese Vorschläge jetzt gemacht werden. Ich kann mich dabei naturgemäß nur auf einige grundsätzliche Fragen beschränken und muß davon absehen, in alle die diffizilen Einzelheiten der Satzungen einzusteigen.

Es ist zu § 2 ein Zusatz gemacht worden, wonach die Mitglieder sich durch den Beitritt verpflichten sollen, auch aktiv in der Partei zu arbeiten: ein Grundsatz, der eigentlich für jeden Sozialisten selbstverständlich sein sollte (Sehr richtig!), den aber auszusprechen doch wohl nötig ist. Deswegen bestand der Wunsch, das ausdrücklich auch in dem Statut zu formulieren. Es lag auch ein dahinzielender Antrag des Landesverbandes Thüringen vor. Dieser Antrag wäre dann durch diese Formulierung als erledigt zu betrachten.

In dem § 3 wird gesagt, daß die Mitgliedschaft bei den Vorgängern der Sozialistischen Einheitspartei angerechnet wird auf die Mitgliedszeit in der Einheits-